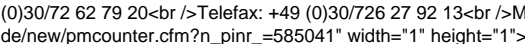




Grabgeläut für den öffentlich- rechtlichen Rundfunk?

Grabgeläut für den öffentlich- rechtlichen Rundfunk? Mit Erstaunen hat der Deutsche Journalisten- Verband auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reagiert. Das Gutachten, das kurz vor Weihnachten veröffentlicht wurde, plädiert vor allem für eine Lückenbüsserfunktion der Rundfunkanstalten auf unsicherer finanzieller Basis. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle nur noch die Lücken schließen, die private Sender und Verlage nicht füllen könnten. Die Finanzierung sei aus dem Staatshaushalt vorzunehmen oder auf eine nutzungsabhängige Gebühr umzustellen. Die heutige ergänzende Werbefinanzierung lehnen die Gutachter strikt ab, weil sie zu Fehlanreizen führen könne. "Dieses Gutachten berücksichtigt die verfassungsrechtlichen Grundlagen und auch europäische Aspekte der Rundfunkfinanzierung nur oberflächlich", kritisierte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. In seinen so genannten Reformleitlinien negiere das Gutachten die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Demokratie stärkenden Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form vollständig. Schon die vorgeschlagene Finanzierung aus dem Staatshaushalt sei unvereinbar mit dem Gebot der Staatsferne. Die ökonomischen Bedingungen der Medien, die das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen dazu veranlasst hätten, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken und zu unterstützen, würden zu Gunsten marktliberaler Thesen ausgeblendet. Eine Auseinandersetzung mit den realen Wirtschaftsbedingungen von Rundfunkunternehmen und Verlagen finde nicht statt, kritisierte der DJV-Vorsitzende. "Das Gutachten will ARD und ZDF zum Nischendasein verdammen, ohne auch nur eine Zeile über die Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Meinungsvielfalt gerade auch im Regionalen zu verschwenden." Dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium kämen keinerlei Kompetenzen in diesen Fragen zu. "Dem Ansinnen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu Grabe zu tragen, müssen die Ministerpräsidenten der Länder energisch entgegenzutreten", stellte Konken klar. Deutscher Journalisten-Verband (DJV) Charlottenstr. 17 10117 Berlin Deutschland Telefon: +49 (0)30/72 62 79 20 Telefax: +49 (0)30/726 27 92 13 Mail: [djv\(at\)djv.de](mailto:djv(at)djv.de) URL: www.djv.de 

Pressekontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv.de
[djv\(at\)djv.de](mailto:djv(at)djv.de)

Firmenkontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

djv.de
[djv\(at\)djv.de](mailto:djv(at)djv.de)

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), 1949 gegründet, vertritt die berufs- und medienpolitischen Ziele und Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Er ist politisch wie finanziell unabhängig und handelt ohne sachfremde Rücksichtnahmen. Der DJV achtet und fördert die publizistische Unabhängigkeit seiner Mitglieder. In seiner Kombination aus Gewerkschaft und Berufsverband befindet er sich auf deutlichem Erfolgskurs. Die Entwicklung der Mitgliedszahlen belegt dies: Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Mitglieder von 16.592 (12/88) auf 36.150 (5/00). Dies ist nicht zuletzt auf das umfangreiche Leistungspaket des DJV zurückzuführen: Tarife: Der DJV schließt als Tarifpartei seit 1950 in allen Medien Tarifverträge und überwacht deren Einhaltung. Rechtsschutz: Der DJV und seine Landesverbände beraten in beruflichen Konfliktfällen und bieten freien wie angestellten Journalistinnen und Journalisten Rechtsschutz, vor allem bei arbeits-, steuer- oder urheberrechtlichen Angelegenheiten. Beratung: Der DJV berät und informiert seine Mitglieder beim Abschluss von (Arbeits-)Verträgen, in Ausbildungs- und in Steuerfragen.